

Gewalt an Frauen: „Wir können nicht erst handeln, wenn etwas passiert ist“

Nach neun mutmaßlichen Morden an Frauen stellte Regierung gestern Maßnahmenpaket vor

WIEN. Nach der Serie von Frauenmorden haben die zuständigen Regierungsverantwortlichen, Innenminister Karl Nehammer (VP), Justizministerin Alma Zadic (Grüne) und Frauenministerin Susanne Raab (VP), am Montag ein Maßnahmenpaket gegen Gewalt an Frauen präsentiert. So sollen künftig der Datenaustausch zwischen den einzelnen Einrichtungen verbessert, die Fallkonferenzen verstärkt und die Tatmotive besser durchleuchtet werden. Zudem soll jede Polizeiinspektion in Österreich über speziell ausgebildete Präventionsbeamte verfügen, sagte Innenminister Nehammer.

„Die Morde an Frauen in diesem Jahr zeigen vor allem eines auf: Nur in einem von insgesamt neun Fällen wurde die Polizei verständigt“, sagte der Minister. 500 Beamte würden derzeit bundesweit über eine spezifische Ausbildung im Bereich der Gewaltprävention verfügen, ihre Zahl soll um 300 erhöht werden.

„Blick hinter die Taten“

Auch der Datenaustausch zwischen Exekutive und Opferschutzorganisationen soll verbessert werden. „Es braucht eine Gesetzesänderung“, sagte Nehammer. „Die Polizei muss Informationen schneller an Opferschutzorganisationen weitergeben können.“ So etwa bei Anzeigen nach Stalkingvorfällen: Gewaltschutzmaßnahmen sollen Opfer nach der Anzeige direkt kontaktieren können.

„Wir müssen auch einen Blick hinter die Taten werfen und uns die Motive für Gewalttaten gegen Frauen noch besser anschauen. Psychische Störungen, Alkohol- und Drogenmissbrauch, aber auch ehkulturelle Machtfantasien und patriarchales Eigentumsdenken können Faktoren sein, die zu Gewalt führen“, sagte Frauenministerin Raab. Die Untersuchungen sollen gemeinsam mit dem Innenministerium geführt werden. Alle Tötungsdelikte an Frauen der vergangenen zehn Jahre sollen analysiert und Täterprofile erstellt werden.

Auch die Justiz will in Sachen Kommunikation nachbessern. So sollen etwa auch die Staatsanwaltschaften noch besser mit den Op-



Der Datenaustausch zwischen Exekutive und Opferschutzorganisationen soll verstärkt werden. (Wodicka)



„Neben einer Aufstockung an geschulten Beamten braucht es eine Gesetzesänderung. Polizei muss Informationen schneller an Hilfsorganisationen weitergeben können.“

■ Karl Nehammer, Innenminister (VP)



„Mord steht immer am Ende einer Gewaltspirale. Frauen und Männer sind gemeinsam dafür verantwortlich, diese Spirale bereits im Vorhinein zu unterbrechen.“

■ Alma Zadic, Justizministerin (Grüne)

ferschutzorganisationen vernetzt werden. „Mord steht immer am Ende einer Gewaltspirale. Informationen müssen rechtzeitig weitergegeben werden, um die Spirale zu stoppen. Frauen und Männer sind gemeinsam dafür verantwortlich, diese Spirale bereits im Vorhinein zu unterbrechen. Wir können nicht erst dann handeln, wenn schon etwas passiert ist“, sagte Justizministerin Zadic. Zusätzlich sollen angehende Richter und Staatsanwälte im Rahmen ih-

rer Ausbildung eine Schulung bei Opferschutz- oder Fürsorgeeinrichtungen absolvieren.

3000 neue Arbeitsstellen

Auf Initiative von Zadic und Raab wird kommende Woche auch ein Runder Tisch zum Thema Gewaltschutz stattfinden, zu dem dann auch die Opferschutzorganisationen geladen sein sollen. Von ihnen gab es vor dem gestrigen Treffen heftige Kritik, da sie nicht zum Sicherheitsgipfel eingeladen wor-

den waren. „Femizide stoppen“, unter diesem Motto traten gestern auch der Österreichische Frauenring (ÖFR), der Verein Österreichische Autonome Frauenhäuser (AÖF) und die Wiener Interventionsstelle zusammen. „Frauen brauchen Personenschutz, wenn sie in einer Risikosituation sind und der Täter frei herumläuft“, sagte AÖF-Geschäftsführerin Maria Rösslhuber. Sie stimmte mit den Regierungsverantwortlichen überein, dass mehr verpflichtende Schulungen für Polizei und Justiz nötig seien. Wegweisungen seien grundsätzlich ein wichtiges Instrument, sie würden aber nicht immer, wenn nötig, verhängt.

Die Gewaltschutzorganisationen forderten 228 Millionen Euro im Jahr für eine Ausweitung ihrer Arbeit und zusätzlich rund 3000 neue Arbeitsstellen im Opferschutz. Ob diese Einrichtungen allerdings auch wie gefordert mehr Ressourcen zur Verfügung gestellt bekommen, ließ Raab gestern noch offen. Sie betonte, dass das Frauenbudget bereits um 50 Prozent erhöht wurde und entsprechende Mittel auch in die Gewaltprävention fließen. (mis)

»Leitartikel auf Seite 4

ÜBERBLICK

52-Jähriger ging auf Lebensgefährtin los

WIEN. Mit nicht weniger als 2,5 Promille Alkohol intus, hat ein 52-Jähriger in der Nacht auf Montag bei einem Streit in Wien-Favoriten seine Lebensgefährtin (65) attackiert. Diese blieb glücklicherweise unverletzt. Auch als die Polizei einschritt, beruhigte sich der Tobende nicht. Der Österreicher wurde festgenommen und mit einem Annäherungs- und Betretungsverbot belegt.

Jäger soll Spaziergänger attackiert haben

WALS-SIEZENHEIM. Im Salzburger Flachgau soll ein Jäger einen Mann, der mit einer Frau und seinem Hund Sonntagabend auf einem Waldweg an einem Jägerstand vorbeispaziert war, attackiert und verletzt haben. Er dürfe sich gestört gefühlt haben. Gegen den Jäger wird nun wegen schwerer Nötigung und Körperverletzung ermittelt.

Starkregen: HTL Villach vorerst geschlossen

VILLACH. Bei den Regenfällen am Wochenende ist Wasser in das Gebäude der HTL Villach eingetreten. Die Schule, die sich aktuell im Umbau befindet, musste geschlossen werden. Rund 1300 Schüler, die normalerweise jetzt im Corona-Schichtbetrieb teilweise in der Schule wären, wurden auf Distance Learning umgestellt.

Brand: Soldat erlitt Rauchgasvergiftung

STEINACH AM BRENNER. Auf einen Küchenbrand wurden zwei Soldaten gestern Vormittag in Steinach am Brenner aufmerksam. Ein 29-Jähriger hatte einen Topf mit Öl auf dem Herd stehen lassen. Die zwei Soldaten eilten zu Hilfe und brachten den Bewohner ins Freie. Einer der Soldaten zog sich neben einer Rauchgasvergiftung noch Verbrennungen am Arm zu.



Brand in Küche symbol: fotokerschlat

Studie belegt: Schüler lernen im Fernunterricht mehr als erwartet

Erste Leistungsstudien aus Deutschland geben laut JKU-Bildungsforscher auch Hoffnung für Kinder und Jugendliche in Österreich

LINZ. Zu Hause zu lernen ist den Schülerinnen und Schülern besser gelungen, als erwartet. Die Zeit, die sie für Hausaufgaben und Lernstoff hatten, dürften sie intensiv genutzt haben. Zu diesem Schluss kommt Christoph Helm, Bildungsforscher an der Johannes Kepler Universität Linz (JKU), nachdem in Deutschland erste Leistungsstudien stabile Lernergebnisse während des Lockdowns aufzeigten.

Die vielfach befürchteten stark negativen Effekte der Pandemie auf den Lernerfolg seien demnach

ausgeblieben. Auch wenn nicht auf die vielfach wissenschaftlich belegten negativen Effekte auf die psychosoziale Lage der Kinder und Jugendlichen vergessen werden darf, „scheinen sie offenbar nicht mit negativen Entwicklungen in den Schülerleistungen einherzugehen“, sagt Helm. Auch wenn dies widersprüchlich klingt, so würden das Belastungserleben und fehlende Motivation nicht besonders stark mit der Schülerleistung in Zusammenhang stehen. „Nur weil es einem schlecht geht, müssen nicht



Unterricht in der Schule ist während der Corona-Pandemie selten geworden. (APA)

gleichzeitig die Leistungen schwinden“, sagt der Bildungswissenschaftler. Ob die Studien aus Deutschland und der Schweiz auch für Österreich gelten, sei wegen fehlender Leistungsstudien nicht mit Sicherheit zu sagen. Da die Bildungssysteme ähnlich sind, gibt es auch für Österreich Anlass zu Optimismus. Das Ergebnis zeige auch, dass „die tatsächliche Lernzeit in der Schule nicht so hoch ist wie angenommen. Es werden auch soziale Beziehungen und soziales Lernen gelehrt.“